

## Antrag

**der Abgeordneten Dr. h. c. Thomas Sattelberger, Katja Suding, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg (Südpfalz), Britta Katharina Dassler, Peter Heidt, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Nicole Bauer, Jens Beeck, Dr. Marco Buschmann, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Otto Fricke, Thomas Hacker, Reginald Hanke, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Dr. Christoph Hoffmann, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Gyde Jensen, Pascal Kober, Konstantin Kuhle, Alexander Müller, Dr. Martin Neumann, Dr. Wieland Schinnenburg, Matthias Seestern-Pauly, Frank Sitta, Dr. Hermann Otto Solms, Bettina Stark-Watzinger, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Benjamin Strasser, Linda Teuteberg, Stephan Thomae, Manfred Todtenhausen, Gerald Ullrich, Johannes Vogel (Olpe), Sandra Weeser, Nicole Westig und der Fraktion der FDP**

## **Corona zeigt Handlungsbedarf – Innovative Ausbildungswege und Wertschätzung engagierter Lehrkräfte**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Corona-Krise belegt, wie wichtig der Lehrerberuf ist. An vielen Schulen sind engagierte Lehrkräfte als Pioniere vorangegangen. Andere sind hierfür jedoch nicht vorbereitet, ausgebildet oder motiviert. So bekräftigen 54 % der Eltern, dass Lehrkräfte den Unterricht auf eigene Initiative digital gestaltet haben. 42 % der Eltern sind aber wegen der Überforderung der Lehrkräfte mit digitalen Anwendungen unzufrieden (vgl. Initiative21 2020). Deutlich wird: Es braucht überdurchschnittliche Kompetenz, Motivation und Engagement von Lehrkräften, um solche Krisen erfolgreich zu meistern.

Die coronabedingten Lernrückstände und Kompetenzverluste sowie die damals schon erschreckenden Ergebnisse der PISA-Studie 2018 zeigen zudem, dass wir gesamtstaatliche Lösungen für die besten Bildungskonzepte brauchen. Bund, Länder und Kommunen müssen zusammen an einem Strang ziehen. Denn während in Deutschland über Bildungszuständigkeiten von Bund, Ländern und Kommunen diskutiert wird, enteilen Bildungsvorreiter wie Kanada, Estland oder Singapur immer weiter. Es ist höchste Zeit, das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern in der Bildung vollständig abzuschaffen. Bildung sollte eine gesamtstaatliche Aufgabe sein.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. dem Deutschen Bundestag einen Gesetzentwurf vorzulegen, der ein Kooperationsgebot zwischen Bund und Ländern im Artikel 91b des Grundgesetzes (GG) verankert und die verfassungsrechtliche Grundlage für einen modernen Bildungsföderalismus schafft. Über einen geänderten Artikel 91b Absatz 2 GG ist dafür Sorge zu tragen, dass Bund und Länder auf Grund von Vereinbarungen zur Sicherstellung der Qualität, der Leistungsfähigkeit und der Weiterentwicklung des Bildungswesens zusammenwirken können;
  2. gemeinsam mit den Ländern eine Bund-Länder-Vereinbarung zu beschließen, welche Strategien gegen den Lehrermangel entwickelt und einen Rahmen schafft, um die Aus- und Fortbildung, Entwicklungsperspektiven und Vergütung zu reformieren. Zentrale Bestandteile der Vereinbarung sollten sein:
    - a) Eine Reform der Lehrerausbildung, um diese insgesamt flexibler, praxisnah und zukunftsfähig zu gestalten. Hierbei muss sichergestellt werden,
      - i. dass das Lehramtsstudium mit einem mehrschichtigen Aufnahmeverfahren ausgestattet wird. Dazu gehören nicht nur gute Noten, sondern gerade auch personale und soziale Kompetenzen;
      - ii. dass gemeinsam mit Wissenschaft und Schulpraxis bundesweite Mindeststandards für eine exzellente Lehrerausbildung festgelegt werden, die eine gute Balance zwischen fachwissenschaftlicher, pädagogischer und digitaler Bildung schaffen. Dazu gehören auch die Einrichtung von Schools of Education als eigenständige Fakultäten bzw. Institutionen mit fakultätsähnlichem Status sowie von Universitätschulen mit einer besonders leistungsfähigen Pädagogik und Didaktik;
      - iii. dass innovative Reformstudiengänge geschaffen werden, deren Prototypen wissenschaftlich überprüft und im Erfolgsfall als Regelstudiengänge eingeführt werden, insbesondere ein duales Lehramtsstudium, ein Masterstudium Lehramt, das erst nach dem regulären Fachbachelor ansetzt und berufsbegleitende Studiengänge, die Quereinsteiger/-innen passgenau qualifizieren;
      - iv. dass zur besseren Vorbereitung und Sichtbarkeit der Aufstiegsmöglichkeiten bereits im Studium freiwillige Studienschwerpunkte angeboten werden, die auf Führungsfunktionen in der Schulleitung und Bildungsverwaltung oder Spezialfunktionen wie z. B. Medienpädagogik, Qualitätsmanagement/-entwicklung vorbereiten;
    - b) ein Pflicht- und Kür-Modell für Lehrerfortbildungen mit einem rechtlichen Anspruch auf und einer Verpflichtung zur Fortbildung einzuführen;
    - c) die Einrichtung einer Deutschen Lehrera Akademie, die vernetzt mit den Landesakademien Lehrerfortbildungen zu besonders relevanten Themen entwickelt und anbietet. Die Fortbildungen müssen auf den neusten wissenschaftlichen Erkenntnissen basieren und verpflichtend angeboten werden.

- III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung zur Einwirkung auf die Länder auf, um
1. Lehrkräften neue Aufstiegsmöglichkeiten zu eröffnen. Etwa durch eine Zweiteilung der Direktorenstelle mit einer Aufgabenteilung in pädagogisch-didaktische Schulleitung und administratives Schulmanagement;
  2. Schulfreiheitsgesetze in allen Ländern einzuführen. Durch Schulfreiheitsgesetze bekommen Schulen mehr personelle, finanzielle und pädagogische Freiheiten. Durch die neuen Gestaltungsmöglichkeiten steigt auch die Attraktivität des Lehrerberufs;
  3. bei der Besoldung von Lehrkräften Leistung und Engagement zu berücksichtigen, statt nur die reinen Dienstjahre. Der Aufstieg in die nächste Gehaltsstufe sollte an den Nachweis der verpflichtenden Fortbildungen und gute Unterrichtsqualität geknüpft werden;
  4. die in vielen Ländern bestehende Möglichkeit, Leistungsprämien an Lehrer zu vergeben, verstärkt zu nutzen.

Berlin, den 24. Juni 2021

**Christian Lindner und Fraktion**

## **Begründung**

Die Herausforderungen, vor denen der Lehrerberuf und damit unser gesamtes Schulsystem stehen, sind nicht erst seit der Corona-Krise bekannt. So steuert Deutschland seit langem sehenden Auges auf einen massiven Lehrkräftemangel zu. Schon heute fehlen in Deutschland 15.000 Lehrkräfte (vgl. Deutscher Lehrerverband). 2031 werden aufgrund langfristiger Versäumnisse allein in Nordrhein-Westfalen, aber in vergleichbarer Weise auch in den übrigen Bundesländern, zwei Drittel der benötigten MINT-Lehrkräfte fehlen (vgl. Telekom Stiftung 2021). Auch ist die Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte eine brachliegende Dauerbaustelle. In einer PISA-Studie zur digitalen Lehrerbildung liegt Singapur auf Platz 1, Bulgarien auf Platz 17, Deutschland auf Platz 76 von 78 (vgl. DIE WELT 2020). Dabei müssten gerade Lehrkräfte bestmöglich auf ihren anspruchsvollen Beruf vorbereitet werden.

Denn gute Lehrkräfte bedingen gute Schülerinnen und Schüler (vgl. Hattie: Visible Learning 2008). So lernen Kinder und Jugendliche bei exzellenten Lehrkräften in einem Schuljahr den Unterrichtsstoff von 18 Monaten. Schlechte Lehrkräfte vermitteln den Unterrichtsstoff von sechs Monaten (vgl. Hanushek 2014).

Engagierte Lehrkräfte kompensieren durch ihren Einsatz viele Mängel des deutschen Schulsystems. Bislang können besondere Leistung jedoch kaum individuell anerkannt und gewürdigt werden. Weder bei der Bezahlung noch bei Kompetenzentwicklung und Entwicklungsperspektive spielt es für Lehrkräfte eine Rolle, wie engagiert sie den Beruf ausfüllen. Engagierte Lehrkräfte werden dadurch nicht selten entmutigt und frustriert.

Dabei belegt die Wissenschaft eindeutig: Die Lehrerqualität ist nachweislich der wichtigste Faktor für den Lernerfolg. In Finnland werden nur die besten Absolventen nach einem strengen, persönlichkeitsrelevanten Auswahlverfahren für das Lehramtsstudium zugelassen. Das finnische Nadelöhr der Rekrutierung mündet in gesellschaftlicher Wertschätzung. Nirgendwo ist der Lehrerberuf so attraktiv wie in Finnland. In Deutschland wünschen sich dagegen nur 10,4 % der Schülerinnen und 3,8 % der Schüler, in Zukunft im Lehrerberuf zu arbeiten (vgl. Tagesschau 2020). Es braucht eine zukunftsfähige Aus- und Fortbildung, attraktive Arbeitsbedingungen, eine Bezahlung, die Engagement und Leistung belohnt sowie transparente und anspruchsvolle Aufstiegsmöglichkeiten.

OECD-Bildungsdirektor Andreas Schleicher fordert daher eine Reform der Lehrerausbildung nach Vorbild der dualen Berufsausbildung (vgl. ZDF 2021). Dafür braucht es Offenheit für innovative Reformstudiengänge, etwa ein duales Lehramtsstudium. Ein duales Lehramtsstudium, in dem sich Theorie und Praxis abwechseln, kann nicht nur das Referendariat integrieren, sondern Absolventinnen und Absolventen sind deutlich besser für die schulische Realität gerüstet. Ein Masterstudium Lehramt, das erst nach einem regulären Fachbachelor ansetzt, eröffnet mehr Studierenden den Zugang zum Lehrerberuf. Ein berufsbegleitender Studiengang kann Quereinsteiger/-innen passgenau qualifizieren. Gerade diese können mit einem unverstellten Blick innovative Impulse in das Schulsystem bringen.

Zweitens müssen Lehrkräfte Vorbild für lebenslanges Lernen sein. Viele Bundesländer haben bei der Fort- und Weiterbildung ihrer Lehrkräfte versagt. Auch deswegen hat die nordrhein-westfälische Landesregierung 2017 eine unabhängige Evaluation der Lehrerfortbildung in Auftrag gegeben, um die Lehrerfortbildung in Nordrhein-Westfalen grundlegend zu erneuern (vgl. Schulministerium NRW 2019). Ein Pflicht- und Kür-Modell für Fortbildungen mit einem rechtlichen Anspruch auf und einer Verpflichtung zur Fortbildung wäre eine zukunftsfähige Lösung. Eine Deutsche Lehrerakademie sollte deutschlandweit Lehrerfortbildungen zu besonders relevanten Themen entwickeln und anbieten – basierend auf neusten wissenschaftlichen Erkenntnissen (siehe Antrag der FDP-Fraktion, Bundestagsdrucksache 19/15767).

Drittens: Durch Schulfreiheitsgesetze in den Ländern sollten Schulen mehr Gestaltungsfreiheit für Auswahl, Einstellung und Laufbahnentwicklung von und für Lehrkräfte vor Ort bekommen. Die Schuldirektorenstelle sollte in pädagogisch-didaktische Schulleitung und administratives Schulmanagement geteilt werden. So wird wertvolle Zeit für Qualitätsentwicklung einerseits und für Verwaltungsaufgaben andererseits gewonnen. Dadurch steigt die Attraktivität des Lehrerberufs.

Viertens gibt es viele fortschrittlich-engagierte Lehrkräfte auf Feldern wie z. B. neue Medien oder innovativer Unterricht. Statt senioritätsgetrieben nur nach reinen Dienstjahren muss auch solches Engagement leistungsorientiert honoriert werden. Auch sollten Lehrkräfte Prämien erhalten, etwa für herausragende Leistungen an Brennpunktschulen oder Schulentwicklungsprozessen.